

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mr. 1,80**, monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum **15 Pfg.**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr** Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 108.

Dienstag, den 10. Mai 1898.

5. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Parteigenossen!

Der unterzeichnete Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat sich angeichts der bevorstehenden allgemeinen Wahlen zum Reichstag als Central-Wahlkomitee für das Deutsche Reich konstituiert.

Alle Wünsche in Bezug auf Agitation oder materielle Unterstützung, soweit sie nicht vor die lokalen oder Kreis-Komitees gehören, sind an die Adresse des Partei-Bureaus

**J. Auer**, Berlin SW, Kaybachstr. 9, zu richten.

Wer wünscht, daß seine Angelegenheit rasch Erledigung finde, darf nur diese Adresse und nicht, wie es nicht selten immer noch geschieht, an die Redaktion des „Vorwärts“ oder an die Privatadressen einzelner bekannter Genossen sich wenden. Gerade in den nächsten Wochen des Kampfes und der lebhaftesten Agitation, wo alle unsere agitatorisch thätigen Genossen vorübergehend nicht in Berlin sein werden, empfiehlt es sich, in Partei-Angelegenheiten nur die Adresse des

**Partei-Bureaus**

zu benutzen.

Für Geldsendungen ist einzig die Adresse:

**Albin Gerisch**, Berlin SW, Kaybachstr. 9 in Anwendung zu bringen.

Parteigenossen! In den nächsten zwei Monaten muß es sich zeigen, was unsere Partei-Organisation zu leisten vermag. Wir sind überzeugt, daß sie die Probe glänzend bestehen wird. Nothwendige Voraussetzung ist, daß ein jeder von uns seine Pflicht im vollen Umfange thun wird. Wir erwarten dies von allen Genossen und werden auch unsererseits thun, was in unseren Kräften steht.

Parteigenossen! Unsere Partei hat in fast allen Wahlkreisen des Deutschen Reiches den Wahlkampf aufgenommen und zwar besonders auch in jenen Provinzen, wo die sozialdemokratische Bewegung bisher nur geringe Verbreitung gefunden hat.

Diese Ausdehnung des Wahlkampfes erheischt gewaltige agitatorische und auch finanzielle Mittel. Was jene betrifft, so erwarten wir, daß jeder Parteigenosse Agitator im Wahlkampfe sein wird. Wer es nicht in Versammlungen und Vereinen sein kann, der suche in der Werkstätte und im Verkehr mit Bekannten Anhänger für unsere gute Sache zu gewinnen.

Neben der Agitation vergesse aber auch niemand sein Scherflein zu den Wahlkosten beizutragen. Der Wahlkampf kostet Hunderttausende; sie müssen aufgebracht und sie werden spielend aufgebracht werden, wenn die Genossen überall und bei jeder passenden Gelegenheit sich des

sozialdemokratischen Central-Wahlfonds,

**Albin Gerisch**, Berlin SW, Kaybachstr. 9, erinnern.

Die Rechte und Interessen, die im bevorstehenden Wahlkampfe für die deutsche Arbeiterschaft auf dem Spiele stehen, sind fürwahr eines Opfers werth, und wir wissen, daß die Genossen das Opfer mit freudiger Begeisterung bringen werden.

Besonders aber fordern wir die Genossen auf, die Wahlagitation nicht vorübergehen zu lassen, ohne während derselben mit besonderem Nachdruck für die Verbreitung unserer Presse einzutreten. Unsere Presse ist unsere beste und schneidigste Waffe. Bei keiner Versammlung und auf keinem Feste, bei keiner anderen Gelegenheit soll veräußert werden, auf das Abonnement unserer Partei-Organen hinzuweisen. In der Wahlagitation können Zehntausende neuer Abonnenten genommen werden, damit ist auch für die Zukunft ein gewaltiges Stück Arbeit gethan.

Parteigenossen! Vorwärts! Vorwärts zum Kampfe! Vorwärts zum Siege!

Berlin, 7. Mai 1898.

**Der Parteivorstand.**

**Auer. Bebel. Gerisch. Pfannkuch. Singer.**

## Will man schon jetzt das Wahlrecht ändern???

Aus Mecklenburg-Strelitz wird uns in glaubwürdigster Weise mitgeteilt, daß an sämtliche Ortsvorsteher ein Rundschreiben ergangen sei, in welchem außer den bekannten Bestimmungen über die Aufstellung der Wählerlisten folgender Passus enthalten ist:

**Dabei wird bemerkt, daß Personen, welche sich nur vorübergehend in den Dörfern aufhalten, wie z. B. Sommerarbeiter (!) nicht in die Listen einzutragen sind.**

Entspricht die uns gewordene Nachricht den Thatfachen, so stellt obige Verfügung, so allgemein, wie sie gehalten ist, eine ungesetzliche Beschränkung des Wahlrechts, einen trassen Widerspruch gegen das bisher für richtig allgemein anerkannte Verfahren dar.

Wir haben die nöthigen Schritte gethan, damit noch rechtzeitig den Folgen derartiger Anordnungen vorgebeugt wird.

Durch dieselben würden unter Umständen alle **Kanalarbeiter, Mühenarbeiter u. s. w. des Wahlrechts verlustig** gehen. Genossen, gebt Acht auf solche Sachen!

## Zu den französischen Kammerwahlen.

Aus Paris wird der „Leipziger Volkszeitung“ geschrieben:

Die französischen Kammerwahlen des 8. Mai haben eine nicht geringere Bedeutung als die bevorstehenden deutschen Reichstagswahlen. Seit dem Bestehen der dritten Republik hat es keine gefährlichere reaktionäre Schilderhebung gegeben.

Die Boulangerdemagogie der Kammerwahlen von 1889 war ein harmloses Spiel im Vergleich mit der vereinigten offiziellen Ordnung- und quasi-oppositionellen Unordnungdemagogie der gegenwärtigen Wahlen. Die schutzblauerischen Agrarier und Großindustriellen und die kümmerlichen Reste der Freihandelsbourgeoisie, die klerikale Großbourgeoisie und die ehemals antiklerikale Mittelbourgeoisie, überzeugte Monarchisten und laue Republikaner, die Macht der Geistlichkeit und die des Kapitals — alle Schichten und Einflüsse der besitzenden Klassen kämpfen einträchtig unter der Führung des Kabinetts Méline und mit Hilfe des frechsten amtlichen und kapitalistischen Wahlbruders. Diese offizielle Ordnungskoalition hat einen verachtungswerthen, aber nicht zu verachtenden Helfershelfer gefunden in dem buntgemischten demagogischen Sammelurium, das unter verschiedenen Parteibezeichnungen — von den „patriotischen“ oder „nationalistischen Sozialisten“, die auf den politischen Abenteuerer Rochefort schwören, bis zu den klerikalen Antisemiten, die den Jesuitenrecht Drumont vergöttern — das Vaterland, die Armee und die französische Rasse vor dem Wauwau des Dreifus-Berrathshyndikats retten wollen.

Der Ausgang der Wahlen wird hauptsächlich nach zwei Richtungen hin für die nächsten Geschichte Frankreichs entscheidend sein. Erstens handelt es sich darum, ob die Ordnungskoalition, die seit zwei Jahren herrscht, für weitere vier Jahre die Mehrheit behalten, und damit die Möglichkeit bekommen wird, ihre bisherige zaghafte mehr defensive Reaktionspolitik in eine offensive zu verwandeln. Andererseits sind die Wahlen von besonderer Wichtigkeit für die weitere Entwicklung der sozialistischen Partei. Die Wahlen von 1893, die zuerst und auf einmal eine stärkere sozialistische Fraktion in die Kammer gebracht haben, fanden unter ausnahmsweise günstigen Bedingungen statt. Der 8. und 22. Mai (Datum der Stichwahlen) werden die Frage beantworten, in wie weit die sozialistische Partei auch in Frankreich in beständiger, unaufhaltsamem Wachstum begriffen ist. Und zwar wird eine bejahende Antwort desto deutlicher sein, als die gegenwärtige Wahlsituation für die Sozialisten ungünstig erscheint.

So einig das reaktionäre Kampflager, so gespalten ist die demokratische und sozialistische Opposition. Die Radikalen beobachten eine Wahltaktik, die geradezu auf eine Niederlage zugeschnitten ist. Das Wort: Wahltaktik paßt übrigens auf die kopflose, gänzlich unorganisirte Kampfesart der Radikalen durchaus nicht. Sie führen

keine Wahlschlacht, sondern eine Reihe individueller Zweikämpfe.

Fast jeder radikale Kandidat kämpft auf eigene Faust, unbekümmert um die Interessen seiner Partei und noch weniger um die der Gesamtopposition. Die einzige Richtschnur sind die Aussichten auf einen persönlichen Erfolg in welchem Wahlkreise immer. So kämpfen in zahlreichen Wahlkreisen der Hauptstadt und der Provinz zwei und mehr radikale Kandidaten gegeneinander und erst recht gegen Sozialisten. Dabei giebt es aber 70 Wahlkreise (unter 581), in denen Ordnungsparteiler von keinem einzigen Gegenkandidaten bekämpft werden!

Nicht viel besser steht es um die radikale Wahltaktik in principeller Beziehung. Das Gros der Partei setzt die Werbung um die Gunst der minder reaktionären Geldsackrepublikaner einerseits und der chauvinistischen Demagogie andererseits fort. Das Beispiel kommt von oben, von Leon Bourgeois, dem Chef der gemäßigten Radikalen. Dieser hat die progressive Einkommensteuer, das Glanzstück seines ehemaligen Ministerprogramms, nach und nach derart verballhornt, daß sie in der That kein Hinderniß mehr für die Wiederverjüngung der Radikalen mit den Opportunisten bilden kann. Und in Bezug auf das diktatorische Gebahren des Generalstabes that derselbe Bourgeois in einer Wahlrede den ungläublichen Anspruch: „Die Militärgewalt muß der Civilgewalt untergeordnet sein, dafür aber muß diese jener den Schutz vor jeder Kritik sichern!“... Gefinnungsloser hat auch Méline den militärischen Klüngel nicht gehätschelt.

Was die Sozialisten betrifft, so führen sie den Wahlkampf, soweit sich von Paris aus übersehen läßt, im allgemeinen principienklar, abgesehen natürlich von dem kleinbäuerlichen Agrarprogramm der Arbeiterpartei (Guesde und Lafargue), auf Grund dessen die Agitation in den ländlichen Wahlkreisen geführt wird. Dagegen fehlt es an der organisatorischen Einheitlichkeit ganz und gar. Die sozialistische Kammerfraktion hat keinen Wahlauftrag erlassen. Die einzige organisatorische Folge ihrer Thätigkeit in der verflochtenen Legislaturperiode besteht darin, daß die bisherigen sozialistischen Abgeordneten welcher Richtung immer von keinem proletarisch-sozialistischen Gegenkandidaten bekämpft werden. Sonst aber dauert der alte Mißstand mehrfacher sozialistischer Kandidaturen in demselben Wahlkreis fort. Dazu kommt noch namentlich in Paris ein Haufen halb und dreitels-„sozialistischer“ Kandidaten, welche im Namen des „echten Sozialismus“, des „französischen Sozialismus“ die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel und insbesondere den Internationalismus mit demselben, nein, mit noch schmutzigeren Waffen bekämpfen wie die ärgsten Ordnungsparteiler.

Besser als alle Kommentare geben Aufschluß über diese Seite des Wahlkampfes folgende Aeußerungen des Rochefort'schen Blattes „Intransigeant“, die gegen drei bisherige sozialistische Abgeordnete des Pariser Montmartre-Quartiers gerichtet sind: „Es ist unmöglich, daß sich in Montmartre eine Mehrheit findet, um die Umtriebe des internationalen Komplotts zu billigen, das zum Zweck hat, einen neuen Triumph einzugewinnen der Preußen in Paris vorzubereiten... Die Mitschuldigen der Verräther, die Anführer eines Bürgerkrieges und eines Krieges mit dem Auslande werden also umsonst gearbeitet haben, — trotz ihrer Bemühungen, trotz der verschwendeten Thaler und Mark...“

Zugleich aber empfiehlt derselbe „Intransigeant“ den Wählern andere bisherige sozialistische Abgeordnete von Paris, denen Rochefort aus diesem oder jenem Grunde keine Kandidaten entgegenzusetzen hat! So daß die Empfohlenen sich genöthigt sahen, in einer gemeinsamen Erklärung mit den „Mitschuldigen der Verräther“ usw. den Schutz Rochefort's — wenn auch indirekt — abzulehnen.

Insgesamt sind alle sozialistischen Richtungen in der Wahlkampagne mit 30 bis 32 alten Wahlkreisen betheilig, darunter 20 im Seine-Departement (Paris und Umgebung). Die Gesamtzahl der von sozialistischen Kandidaten belegten Wahlkreise dürfte über 300 betragen. Genaue Angaben werden erst nach der Hauptwahl möglich sein, da die Sozialisten, wie übrigens alle anderen Parteien, keine zentrale Wahlorganisation haben.

Wahlprophezeiungen wären um so unangebrachter, als nur noch einige Tage uns von der Hauptwahl trennen.



Es sei nur bemerkt, daß namentlich für die sozialistische Partei erst die Stichwahlen entscheidend sein dürften, und zwar wegen der vielen sozialistischen Kandidaten in demselben Wahlkreis. In den Stichwahlen ist die Einigung der Sozialisten durchweg zu erwarten und die Einigung zwischen den Sozialisten und den linksstehenden Radikalen in den meisten Fällen.

Mit besonders gespanntem Interesse muß man dem Ergebnis der Wahlen in Carmaux (Faures) und in Roubaix (Guesde) entgegensehen, wo der Kampf schon in der Hauptwahl entschieden wird. Die beiden hervorragenden Vertreter der sozialistischen Partei haben in gleicher Weise einen einzigen Ordnungskandidaten zu besiegen. Faures kämpft gegen den klerikal-monarchistischen Grubenherren von Carmaux, Marquis de Solages, den früheren Abgeordneten desselben Wahlkreises, in dessen Dienste alle amtlichen und kapitalistischen Einflüsse mobilisiert worden sind. Und bezeichnenderweise hat der Marquis, um die offizielle Unterstützung der Regierung zu erhalten, nicht einmal die republikanische Maske anzuziehen gebraucht. In seinen Wahlauftrufen kommt ein einziges Mal auch nur das Wort Republik vor.

Jules Guesde kämpft gegen den größten Textilfabrikanten von Roubaix, Namens Motte, der ebenso wie de Solages, der Kandidat des klerikal-opportunistisch-monarchistischen Ordnungskandidaten und der Regierung ist. Außerdem steht ihm zur Verfügung eine seine 6000 Arbeiter und Tausende anderer Arbeiter von Roubaix und Umgebung knechtende politische Organisation, um die ihn König Stumm beneiden könnte. Jeder Arbeiter ist unter Androhung mit der Hungerpeitsche verpflichtet, der „Sozialen (!) und patriotischen Union“ beizutreten und regelmäßige Beiträge zu entrichten. . . .

Hoffen wir, daß die Vorkämpfer des Sozialismus von Neuem über die Vertreter der kondensiertesten kapitalistischen Reaktion obliegen mögen.

## Vom spanisch-amerikanischen Kriegsschauplatz.

In Spanien geht es bunt her. So wird, um nur ein charakteristisches Moment hervorzuheben, aus Madrid gemeldet, daß am Sonntag Abend Offiziere in Zivil die Menge vor Angriffen auf die Wohnung des ersten Ministers aufzureizen suchten, damit die Regierung auf das Volk schießen lassen könnte. Rette Propagandisten der Tat, die berufsmäßigen Ordnungshütern!

Vom Kriegsschauplatz laufen die Nachrichten bruchstückweise und unzuverlässig ein. Dies liegt zum Teil an der Zerstörung der Kabel. Manila soll beschossen und zum Teil in Flammen ausgegangen, viele Menschenleben vernichtet sein! Die spanische atlantische (große) Flotte ist unterwegs. Man weiß jedoch bisher nicht, wohin sie sich gewandt hat. In New-York fürchtet man, sie befände sich an der Ostküste und habe die Stadt Port Royal (Carolina) angegriffen. Versuche der Amerikaner, bei Salado (Cuba) zu landen, sind gescheitert. Ein amerikanischer Major Smith, welcher bei Puerto de Caibarien auf Cuba landete, soll gefangen genommen und enthauptet worden sein. — Die nächsten Tage dürften wichtigere Meldungen, speziell auch von Portorico, bringen, welches die Vereinigten Staaten zu besetzen gedenken.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Eine gute Waffe für den Wahlkampf giebt der Vorstand der sozialdemokratischen Partei unseren Genossen in die Hand durch die Herausgabe eines „Handbuchs für sozialdemokratische Wähler“. Auch bei früheren Wahlen gab unsere Partei derartige Wahlbüchlein heraus, aber entsprechend dem Wachstum der Partei und den vermehrten Ansprüchen ist das Handbuch diesmal weit umfangreicher und inhaltreicher geworden. Und uns scheint, es hat erhebliche Vorzüge vor den W.C.-Büchern, wie sie andere Parteien herausgegeben haben. Während diese den Stoff in alphabetischer Anordnung darstellen, hat das sozialdemokratische Handbuch einen organischen Aufbau angestrebt. Die Fülle der Fragen der Reichspolitik ist nach sachlichen Zusammenhängen behandelt worden, so daß das Handbuch in bequemster Weise in die Politik der sozialdemokratischen Partei einführt. Zunächst sind geschildert die verschiedenen Parteien und ihre wirtschaftlichen Grundlagen; bei der Darstellung der Sozialdemokratie werden zugleich eine Reihe der üblichen Vorwürfe gegen unsere Partei besprochen und zurückgewiesen. Dann werden die gesetzgeberischen Versuche und Pläne der Reaktion gegen die Grundrechte des Volkes dargestellt: Gefährdung des Wahlrechtes, Umsturzvorlage, Vereinsrecht, Koalitionsrecht. Weiter folgen ausführliche Darstellungen über den Arbeiterschutz, die Arbeiterversicherungs-Gesetze, über die Lage der Unterbeamten und deren Petitionsrecht, über Militarismus, Marinismus und Kolonialpolitik. Ein längerer Abschnitt ist dem Steuerwesen des Reiches gewidmet; es folgt die Handelspolitik, die Mittelstandspolitik und eine Darstellung der großkapitalistischen Entwicklung. Den Beschluß machen die Justizgesetzgebung, das Bürgerliche Gesetzbuch zc. Ein Anhang giebt reichliche Belehrung über Wahlproteste, Wählerlisten, Wahlbeeinflussung usw.

Unsern Parteigenossen wird das Handbuch sehr willkommen sein. Es giebt ihnen alles Material an die Hand, was im Wahlkampfe nötig ist.

Der Reichstag ist geschlossen worden, aber bloß die fünfte Session der neunten Legislaturperiode, nicht die selbst. Somit ist die Möglichkeit, den Reichstag bis zum 15. Juni d. J. nochmals einzuberufen, verfassungsmäßig gegeben, andererseits ist die Regierung dadurch von dem Zwange befreit, den neuen Reichstag innerhalb 90 Tagen, von heute ab gerechnet, wieder einzuberufen.

Zur Getreideprelsdebatte im Reichstage bemerkt die Berliner „Volkstimme“:

„Die Reaktion hat gestern schlecht abgehauten. Das Zentrum, das seine Bedrückung der Konsumenten durch die hohen Brod- und Fleischpreise anerkennt, hat sich ganz auf die Seite der Agrarier gestellt. Also immer, wenn es sich um die Probe auf die oft behauptete Fürsorge des Ultramontanismus für den „kleinen Mann“ handelt, versagt das Zentrum. Wenn es sich aber um die Erhöhung der Gehälter der Geistlichen handelt, dann muß die Thronierung der Vebensmittel zur Rechtfertigung der Erhöhung herhalten. Dann muß der Staat mit dem Gelde der Steuerzahler bespringen, obwohl die katholische Kirche über unermeßliche Reichthümer verfügt, die sie im Laufe der Jahrhunderte an Grundbesitz und Kapital, an Prachtbauten und unerschöpfbar werthvollen Kunstschätzen „gesammelt“ hat! Herr v. Kardorff behauptet, daß das Volk die zunehmende Thronierung nicht merke. Ist es Herrn Kardorff, der allerdings für geringfügige Wahlen als Aufsichtsrath Zehntausende vereinnahmt, so schwer, sich in die Lage der Armen und Armenhelfer hineinzusetzen, die durch die geringsten Steigerungen der Preise der Lebensmittel in ihrem Ernährungsstande schwer geschädigt werden? Das Volk wird den Verzicht über die gestrige Verhöhnung annehmen lassen und sich seinen Vers dazu machen! Hunger ist ein ausgezeichnetes Lehrmeister!“

Die freikonservative Partei, auch Reichspartei genannt, hat einen Wahlauftruf veröffentlicht, und zwar in der „Post.“ Zu den Unterzeichnern gehören auch die Herren v. Stumm und v. Kardorff. Gleich dem Auftruf der Konservativen prunkt auch dieser Auftruf mit dem Hochhalten der nationalen Fahne, der Bewilligung für Seereserverstärkung und Flottengesetz und bekennt sich alsdann auf „den von dem Fürsten Bismarck eingeführten Grundsatz des gleichmäßigen Schutzes aller Zweige der nationalen Arbeit“, auf dem angeblich die großartige Entwicklung Deutschlands beruhen soll. Die Erhöhung der Schutzzölle, insbesondere der Kornzölle, nach Ablauf der Handelsverträge wird in folgendem Absatz markiert:

„Die Deutsche Reichspartei hält fest an der gleichmäßigen Förderung der Interessen von Landwirtschaft, Industrie, Handel und Handwerk. Dielem Grundsatze wird sie auch bei dem Abschluß künftiger Handelsverträge Geltung zu verschaffen suchen. Bei voller Wahrung der berechtigten Wünsche des Handels und der Industrie wird dabei ein wirksamer Schutz des landwirtschaftlichen Gewerbes vor Allen in das Auge zu fassen sein.“

In der sozialen Gesetzgebung seien mannigfache Mängel und Härten zu beseitigen. Die Beschränkung der Koalitionsfreiheit, die in einem von Stumm unterzeichneten Auftruf natürlich nicht fehlen darf, wird in den nachfolgenden Sätzen verurteilt:

„Das Wohl der Arbeiter nach jeder Richtung zu fördern, entspricht unseren Traditionen. In diesem Sinne ist auch wirksamer Schutz für die willigen Arbeiter gegen Vergewaltigung durch gewissenlose Heer- und Beren-Anhang, sowie Schutz der friedlichen Arbeit und des Wohlstandes gegen feindliche Anschläge zu verlangen. Keinem Arbeiter soll verwehrt sein, sich anwärts eine bessere Arbeitsgelegenheit zu suchen; aber nicht der Kampf zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, sondern nur die Vereinigung Weiber zu gemeinsamen wirtschaftlichen Verbänden kann die Besserung und Hebung unserer sozialen Zustände bringen.“

Gegen eine weitere Ausgestaltung der Organisation des Handwerks erklärt sich der Auftruf, indem er anspricht, daß es zunächst darauf ankomme, die er-rungenen gesetzlichen Einrichtungen so nutzbringend wie möglich zu gestalten.

„Die unterschiedlose Uebertragung der für die Großindustrie im Interesse des Arbeiterschutzes zulässigen politischen Anordnungen auf das Handwerk erscheine bedenklich und fromme weder den Arbeitgebern noch den Arbeitern.“

Es kommen dann allerlei nichtslagende Redensarten über eine angebliche Mittelstandspolitik der Partei. In Bezug auf die Wahrung der Freiheiten öffnet sich die Partei eine Hinterthür, indem sie nachfolgendes erklärt:

„Die verfassungsmäßige bürgerliche Freiheit muß dem deutschen Volke gewahrt bleiben, aber gegen sozial- und national-revolutionäre, die Sicherheit des Staates gefährdende Bestrebungen müssen sichere Schutzwehren bestehen.“

Zum Schluß wird „fester Zusammenschluß aller staatsbehaltenden Elemente auf dem Boden starker monarchischer Institutionen, Sammlung der patriotischen Männer von rechts und links“ proklamirt.

Wehr an widerlicher Frechelei kann man nicht gut auf einem Blatt Papier zusammendrängen.

Wenn die Vortheile des ostasiatischen „Pachtgüterens“ Kiautschou zu Gute kommen, das zeigt sich an folgender Meldung der „Nieler Btg.“:

„Wie wir hören, ist in der letzten Woche in Berlin zwischen dem Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat und der Firma H. Diederichsen-Stiel ein Vertrag über Einrichtung eines Kohlenlagers in Kiautschou perfekt geworden. Die Rhederei H. Diederichsen übernimmt es vorläufig, drei Dampferladungen deutscher Brille von Wilhelmshaven nach Kiautschou zu bringen und hat auch die Vertretung des Kohlenyndikats übernommen, zu welchem Zweck die Gründung einer Filiale im fernem Osten beabsichtigt wird. Es dürfte dies die ersten in Kiautschou gegründete deutsche Firma sein.“

Die Flotten- und Kolonialbegeisterung der Kohlenbarone ist also sehr erklärlich.

Die Nationalsozialen wenden sich mit nachstehendem Auftruf an die Wähler:

Wir sind national. Wir wollen unseres Deutschen Reiches Macht und Herrlichkeit. Darum sind wir für ein starkes Landheer und für eine starke Flotte. Wir wollen einen festgefüzten, äußeren und inneren An-griffen gewachsenen deutschen Staat. Darum sind wir für die Monarchie. Wir wissen, daß die Macht unseres nationalen Staates Lebenskraft für jeden einzelnen

deutschen Volkangehörigen bedeutet. Wir wissen, daß eine starke Monarchie die beste Bundesgenossin der aufstrebenden Klassen ist. Darum erheben wir unsere nationalen Forderungen nicht bloß um der äußeren Politik des Deutschen Reiches, sondern ebenso um des inneren Fortschrittes unserer Volkentwicklung willen. Die Sozialdemokratie steht allen Machtanforderungen des deutschen Volkes feindlich gegenüber. Sie ist gegen die Monarchie, sie will kein leistungsfähiges Herrschen. Sie schädigt damit den deutschen Staat, sie schädigt ebenso die Lebensinteressen der aufwärts strebenden Volksmenge. Darum bekämpfen wir die Sozialdemokratie.

Wir sind sozial. Die innere Fortentwicklung unseres Volkes besteht in dem Emporstreben immer weiterer Kreise zu bewußter Theilnahme an dem nationalen Leben. Deshalb sind wir für Freiheit, die den unteren Schichten der Nation Raum zur Emporentwicklung gebe. Wir stehen heute vor der Gefahr, daß die Interessen der Großgrundbesitzer einen übermächtigen Einfluß auf die Gestaltung unserer inneren Entwicklung gewinnen. Die Politik der „Sammlung“, die heute verkündigt wird, stellt nur eine neue Auflage des alten Kartells dar, dessen Sinn ist, die liberalen Kräfte zu unterdrücken und den deutschen Staat einer einseitig agrarischen Politik dienstbar zu machen. Sie ist den emporstrebenden Minge feindlich: sie schädigt damit das deutsche Volk. Sie öffnet die Grenze dem hereinströmenden slavischen Bevölkerung: sie gefährdet damit die Kraft des deutschen Staates. Sie will die Sozialdemokratie mit äußeren Zwangsmitteln bekämpfen, mit Einschränkung der Vereinsfreiheit und des Wahlrechtes. Sie steigert damit die revolutionäre Gefahr und hindert den Arbeiterstand an der Geltendmachung seiner praktischen gewerkschaftlichen Interessen. Wir bekämpfen darum die konservativ-nationalliberale „Politik der Sammlung.“ Wir sind für das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht. Wir sind für unbeeinträchtigte Koalitionsfreiheit. Wir sind für Freizügigkeit, Pressefreiheit und Versammlungsfreiheit. Wir wollen eine innere Politik, welche die Macht des deutschen Volkes stärkt durch Hebung des Bauernstandes; durch Bauernkolonisation und genossenschaftliche Bildungen. Wir wollen dem noch lebensfähigen Handwerk und dem Kleinhandel durch Förderung ihres Kredites, ihrer berufsmäßigen Ausbildung, ihres genossenschaftlichen Zusammenschlusses Kräfte geben. Wir wollen die Blüthe der deutschen Industrie, auf der gegenwärtig die wirtschaftliche Macht unseres deutschen Vaterlandes ruht, und sind darum für Handelsverträge, die den stetigen Gang ihrer Entwicklung ermöglichen. An der Blüthe der Industrie hängt das Wohl des deutschen Arbeiterstandes. Wir wollen für die Arbeiter Ausbau der Versicherungsgesetze und des Arbeiterschutzes, Sicherung ihres Koalitionsrechtes, Stärkung ihrer Gewerkschaften. Wir sind für eine gerechte Fortbildung der Steuerfassung im Sinne einer höheren Belastung der stärkeren Schultern durch Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuern. Für die kleinen und mittleren Beamten erstreben wir Besserung ihrer Stellung, Regelung ihrer Dienst- und Ferienzeit.

Die Macht der Nation ruht in dem Wachsen und Gedeihen aller ihrer Glieder. Darum: wer national ist, der muß auch sozial sein. Mit dieser Losung gehen wir in den bevorstehenden entscheidungsschweren Reichstagswahlkampf.

Wir folgen dem Ruf des Vaterlandes. Wir thun unsere Pflicht, wie groß oder wie klein unser Erfolg sein möge. Helft uns mit Geld, mit Agitation, mit Euren Stimmen! Wir kämpfen für eine gerechte Sache. Wir kämpfen für Kaiser und Reich.

Wir kommen auf dies sonderbare Produkt des Herrn Naumann noch zurück.

Die Aussichten der Miquel'schen Sammlungs-Politik werden von der „Köln. Btg.“ recht ungünstig beurtheilt. Es werde immer unklarer, mit wem denn eigentlich die Regierung ihre Sammlerpolitik betreiben wolle, so bemerkt das nationalliberale Blatt, und führt dann weiter aus:

„Es ist bezeichnend für uns gewesen, daß auf dem letzten nationalliberalen Parteitage des Herrn von Miquel nicht ein Wort gedacht worden ist, nicht einmal bei jenen Tischreden, die sich eingehender mit der Geschichte der Partei befaßten. Dr. Lieber und seine Freunde sind immer weiter von Herrn v. Miquel ab. Die konservativen Parteiführer überlassen sich an Uebelwollen gegenüber der Regierung; nur Herr v. Blöb mit seinem Gefolge verherlichen noch heute Herrn v. Miquel. Aber in immer weiterer Ferne drängt die Ueberzeugung, daß es mit der Herrlichkeit dieser agrarischen Richtung ein rasches Ende nimmt. Für unsere politischen Freunde ist es deshalb dringend notwendig, die politische Lage klar und selbstständig zu erkennen, sich auf eigene Füße zu stellen und unter Zurückdrängung aller radikalen Elemente von rechts und links maßvollen und doch energischen Männern bei den bevorstehenden Wahlen ihre Stimmen zu geben, von denen sie das Vertrauen hegen können, daß sie gemäßigtere liberale Anschauungen auf fester nationaler Grundlage unter gleichmäßiger Wahrung der berechtigten Interessen von Gewerbe, Handel und Landwirtschaft nachdrücklich vertreten werden.“

Das erwartet die „Köln. Btg.“ von einer Partei, deren Eintreten in den Wahlkampf gleichbedeutend ist mit ihrer völligen Auflösung.

Zur Tilgung der Reichsschuld sind — so heißt es in der Thronrede, mit welcher der Kaiser den Reichstag schloß — „bedeutsame Beträge aus Ueberschüssen bereit gestellt.“ Die „Freis. Btg.“ Eugen Richters erklärt das für unrichtig: „Der neue Schatzsekretär spricht von einer Tilgung der Reichsschuld schon, wenn die zur Bilanzierung der einzelnen Etatsjahre bewilligten Anleihekredite nicht in vollem Umfange in Anspruch



genommen sind. Die Reichsschuld betrug bei Beginn der neuen Wahlperiode, also am 31. März 1893, 1741 Millionen Mark, am Ende der Wahlperiode, am 31. März 1898, wird sie voraussichtlich den Betrag von 2250 Millionen Mark erreicht haben. Während dieser einzigen Wahlperiode ist also die Reichsschuld nicht getilgt, sondern um eine halbe Milliarde Mark erhöht worden, und zwar vorzugsweise für Zwecke der Militär- und Marineverwaltung."

### Italien.

Italien steht im Zeichen der Hungerrevolten. Die Hungertumulte enden in blutige Revolten aus. Wie ein Lauffeuer pflanzt sich der Aufruhr vom Süden Italiens bis an die lombardische Ebene, von Städten bis in entlegene Dörfer fort. Überall ertönt der Ruf nach Brod und Arbeit. Das Eigentum in Form von Nahrungsmitteln gerät in Unsicherheit, Bestörungswuth ergrieff die vom Hunger Gepeinigten, die Todte und Verwundete im Kampf mit Polizei und Militär auf den Schlachtfeldern ließ. Raublos sind die Verhaftungen. Die nächste Ursache dieser Explosion der Volkswuth ist sicher die Brodtheuerung. Aber der Grund liegt tiefer. 50 pCt. und mehr aller Italiener können sich nicht die physiologisch notwendige Quantität Nahrungsmittel verschaffen, und es ist gar nicht zu verwundern, daß diese armen Menschen einmal die Gebuld verlieren, trotz des ihnen in Aussicht gestellten himmlischen Paradieses.

Zur Wiederherstellung der „Ordnung“ sind 40 000 Soldaten einberufen. Ueber Pavia ist der Belagerungszustand verhängt. Der Minister der öffentlichen Arbeiten will schleunigst Staatsbauten in Angriff nehmen lassen, aber das Geld fehlt; daher kriselt es im Ministerium. Ueber den Vorschlag der Sozialisten, Brod- und Mehl-Erzeugung in Gemeinbetrieb zu nehmen, machten sich vor einigen Monaten die Regierungsblätter lustig. Heute treten sie für den Vorschlag ein, und der Abvont spricht den Wunsch aus, daß die Niederschlagung armer Menschen den unglücklichen Ueberlebenden wenigstens billigeres Brod bringen möge, und fordert die sozialistische Partei auf, energisch dafür zu agitieren.

In allen Garnisonsstädten sind Truppen mobilisiert. In Rom wurden die Wachen vor Staats- und Baugebäuden verstärkt. Truppen sind zur Bewachung von Bahnhöfen, wo Getreide des Militärs durchpaßirt, aufgestellt worden; die Militärzeitung „Esercito“ meint, daß noch mehrere Provinzen außer Pavia direct unter die Säbelschärfe zu stellen seien.

Stinte und Säbel, Belagerungszustand, Gefängnisstrafen von Tausenden von Jahren werden den Aufuhrdämpfern, aber nur scheinbar; denn so lange die Ungethümlichkeiten Militarismus und Bureaucratie am Mark des Volkes zehren, ist Hunger und Erb nicht aus dem schönen Italien zu verbannen, und die Revolten, Symptome der Zersetzung des Staatskörpers, müssen sich wiederholen.

Weitere Meldungen lauten:

**Pavia, 6. Mai.** Trotz der Aufhebung der kommunalen Mehlsteuer und obgleich die von der Stadtbehörde angeordneten Arbeiten bereits begonnen hatten, sammelten sich gestern Nachmittag einige hundert Frauen und Kinder auf dem Platz vor dem Rathshaus an, zertrümmerten die Fensterscheiben und beschädigten die Anpflanzungen. Ein Revolver wurde durch einen Steinwurf zertrümmert. Die Narben wiederholten sich am Abend; die Manifestanten verperrten die Straßen mit Kupferbrillen und verhielten sich so ein Vorgehen der Kavallerie. Mehrere Soldaten wurden von Steinwürfen getroffen. Die Ansammlung wurde schließlich mit Gewalt auseinandergetrieben; hierbei wurden 7 Soldaten und 3 Zivilisten verwundet; unter diesen erhielt der Student Mussi, ein Sohn des Vizepräsidenten der Kammer, eine schwere Stirnwunde.

**Florenz, 6. Mai.** In Sesto Fiorentino fand gestern Abend aus Anlaß der Brodtheuerung eine Kundgebung statt. Die Manifestanten empfingen die Truppen, die den von der Menge besetzten Platz räumen wollten, mit Steinwürfen. Als die Menge nicht aufhörte, einen wahren Steinregen gegen die Soldaten zu schüttern und den Versuch machte, die öffentliche Macht zu umzingeln, machte diese von der Waffe Gebrauch. Es wurden 2 Personen getödtet und 5 verwundet, von denen heute früh 1 Person gestorben ist. In Prato kam es zu neuerlichen Aufrührungen. Einzelheiten hierüber fehlen noch.

Aus Livorno meldet man vom 6. d. Mts.: Heute Nachmittag fanden hier größere Ansammlungen statt, aus deren Mitte aufrührerische Rufe erschollen. Eine Escadron Kavallerie eilte herbei; dieselbe wurde mit Steinwürfen empfangen. Infolgedessen machte sie Gebrauch von der Waffe. Eine Person wurde getödtet, mehrere andere verletzt. 2 Soldaten erhielten durch Steinwürfe Verletzungen. Mehrere Personen wurden verhaftet.

### Über die Ungehörigkeiten.

9. Mai.

Achtung, Eizähler! Wegen Verlängerung der Arbeitszeit haben die bei Zimmermeister Torkuhl beschäftigten Kollegen die Arbeit eingestellt. Zugang ist streng fernzuhalten. Die Lohnkommission der Holzarbeiter.

Mit dem „Handbuch für sozialdemokratische Wähler“ hat die Verendung begonnen. Soweit von den Wahlkomitees, welche auf Wunsch für Kandidaten und Redner Exemplare gratis zugestellt erhalten, die Bestellungen noch nicht aufgegeben sind, mögen dieselben umgehend an

J. Auer, Raubachstraße 9, Berlin SW.

gerichtet werden. Um Weilschlagigkeiten zu vermeiden, wird nochmals darauf hingewiesen, daß auch die für Agitationszwecke seltenen der Vertrauensleute zu weiterer gewöhnlichen Exemplare zu herabgesetztem Preise unter der Adresse J. Auer, Raubachstr. 9, bestellt werden mögen.

Die „Buchhandlung Vorwärts“ liefert nur die zum buchhändlerischen Verkauf bestimmten Exemplare.

O Jerum, Jerum, Jerum — —! Das Amtsblatt gab am Sonnabend folgenden Aufschrei von sich:

### Vor den Wahlen!

Wozu es verschweigen, wenn eine offene Ansprache der Sache überdies — wozu es verheimlichen, daß bisher noch eine Indolenz, Sonderglauben unter den Wählern herrscht, ans die wir rechnen? Gleichgültigkeit und Trägheit in politischen Angelegenheiten scheint fast zum guten Ton zu gehören. Anstatt, daß ein Jeder im Erkennen dessen, was Noth thut, sich mit seiner ganzen Persönlichkeit der Agitation zur Verfügung stellt — anstatt daß ein edler Ehrgeiz unter den Jüngeren selbst die Älteren mitriffe, trifft man auch Gleichgültigkeit wohin man blickt. Unsere Feinde werden sich freuen wenn sie es sehen, daß wir zu träge sind, uns ihrer zu wehren. Mögen sie sich freuen. Es muß gesagt werden!

An die Wähler! Muß mit einer so lauten Stimme gerufen werden, daß die Schläfer aufwachen. Wir haben es ihnen zugestimmt und sie haben nicht hören wollen, so mögen sie den Lärm hören, den sie brauchen, um aufzuwachen!

An die Wähler! Ihr Herrren auf der Bierbank, und die gemüthliche Cigare fortgeworfen! Hier giebt es Wählern für Sie! Jeder, der nicht mitarbeiten will für eine reichstruende Kandidatur, jeder Laie und Halbe — von heute ab wird er beobachtet werden.

Das ist ja schrecklich! Wer wird denn da den Beobachter spielen? Keine Ordnungsgewaltigen, arme Cigarrenschmaucher im Schiffergesellschaftshaus, wie wird Euch? Auf, auf! Die Schirren des Amtsblattes sind Euch auf den Fersen! Herr Meyer — psi! — Sie sind beobachtet!

Als Bedienter zu obiger erheiternden Quartanerkonferenz wollen wir den Situationsbericht eines Lübecker Korrespondenten der Berliner „Volkstg.“ wiedergeben. Es heißt dort, daß unser Wahlkreis der Sozialdemokratie anheimfallen werde.

„Das steht heute schon fest. Bei den Wahlen im Jahre 1893 kam es hier zwischen dem gemeinsamen Kandidaten der hiesigen Parteien Herrn Rechtsanwalt Dr. Goerz (freier Vereinerung) und dem sozialistischen Kandidaten Herrn Theodor Schwarz zur Stichwahl, aus welcher mit einer Majorität von nur 57 Stimmen Herr Goerz siegreich hervorging. Dieser Sieg war nur ein Pyrrhusischer, denn diesmal die Niederlage folgen muß, und zwar aus folgenden Gründen: Zunächst hat unsere Bevölkerung in den letzten 5 Jahren in den unteren Schichten ganz erheblich zugenommen; unsere Industrie zählt jetzt zehntausend Arbeiter mehr als damals. Außerdem hat sich der Bau des Elbe-Trans-Kanals eine große Zahl von polnisch-sozialistischen Arbeitern gebracht, welche wohl ausnahmslos dem sozialistischen Kandidaten ihre Stimme geben werden. Endlich hat sich die Arbeiterpartei hier inzwischen ihr eigenes, täglich erscheinendes Organ geschaffen, das ihr nicht nur eine bedeutende Kundenstärke ist, sondern in dem bevorstehenden Wahlkampf auch eine schneidige Waffe bedeutet. Außer dieser Umgestaltung der politischen Verhältnisse in unserem Wahlkreis bedingt der Sieg der Sozialdemokraten aber auch das Verschwinden der bürgerlichen Parteien. Wenn überhaupt, so könnte hier nur ein linksstehender bürgerlicher Kandidat, dem allgemeine große Sympathien entgegengebracht werden, Aussicht haben, gewählt zu werden.“

Der nationalliberale „Reichsverein“ hat es aber abgesehen, sich mit der freisinnigen Volkspartei auf einem von dieser in Vorschlag gebrachten Kandidaten, Kommerzienrath Scharff, zu einigen, wie man hier sagt, weil man an dessen anti-bismarckischen Ansichten Anstoß nimmt. Man haben die Freisinnigen in Herrn Fabrikanten August Wape von hier einen eigenen Kandidaten aufgestellt. Auch mit den Agrariern haben sich die Nationalliberalen nicht einigen können, so daß jede Partei einen besonderen Kandidaten nominirte, die Agrarier den Gutbesitzer Lauenstein, Schönböfen bei Lübeck, die Nationalliberalen den Direktor der hauseigenen Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Gehard. Während nun die Sozialdemokraten für ihren Kandidaten Theodor Schwarz schon seit Wochen eine überaus rührige Agitation entfaltet haben, herrscht in den Reihen der bürgerlichen Parteien in Lübeck, namentlich aber in der nationalliberalen Partei, eine absolut thörichte Ruhe. Nicht einmal die Organisation des Agitations-Apparates soll bisher bewerkstelligt sein, so daß man in einschlägigen Kreisen schon der Meinung ist, der Kandidat der Sozialdemokraten werde schon im ersten Wahlgange durchgebracht werden.

Kommt es aber wirklich noch zur Stichwahl, so wird selbst das Zusammengehen aller bürgerlichen Parteien nicht verhindern können, daß Herr Schwarz als Sieger aus dem Wahlkampf hervorgehen wird. Lübeck wird dann, wie alle größeren Städte mit erheblicher Industrie, im Reichstag durch einen Sozialdemokraten vertreten sein.“

Unsere Genossen werden diese anschauliche Darstellung mit Interesse lesen. Sie werden sich durch dieselbe nicht in Siegesgewißheit wiegen lassen, sondern durch intensivste Arbeit den Nachweis liefern müssen, daß der Korrespondent Recht hat.

Zwischen der Handkammer und den Hafenarbeitern ist nachstehender Lohnarif vereinbart worden:

a) Arbeitszeit und Pausen: 1. Die Arbeitszeit ist eine 9/10stündige von Morgens 6 Uhr bis Abends 6 Uhr, mit folgenden Pausen: von 8—8 1/2 Uhr Frühstück, von 11—1 1/2 Uhr Mittag, von 3 1/2—4 Uhr Vesper. — 2. Bis Abends 8 Uhr wird ohne weitere Unterbrechung durchgearbeitet; soll länger gearbeitet werden als bis 8 Uhr, so ist eine Abendrumpause von einer Stunde zu machen; wird Mittags Bescheid gesagt, so genügt eine halbe Stunde. — 3. Nachts um 12 Uhr hat eine Pause von 15 Minuten stattzufinden, welche mitbezahlt wird. — b) Lohn-

und Ueberstunden: 1. Der Tagelohn beträgt für den Tag 4 Mk., 1/2 Tag 3,20 Mk., 1/4 Tag 2 Mk., 1/8 Tag 1 Mk. Ueberstunden für die Stunde 50 Pfg. An Sonn- und Feiertagen werden jedoch 60 Pfg. für die Stunde Arbeit gezahlt. Wird tagsüber nur die Zeit von Vormittags 8 1/2—12 Uhr gearbeitet, so ist das als 1/4 Tag zu rechnen und mit 1,40 Mk. zu bezahlen. Arbeiten während der Pausen werden als Ueberstunden gerechnet. — Jede angefangene halbe Ueberstunde wird als 1/2 Stunde bezahlt. — 2. Beim Löschen von Steinschlag und Eis wird für den Tag 50 Pfg. Zuschlag, also im Ganzen 4,50 Mk. bezahlt. — 3. Akkordlöse. Löschen von Eisen an der Schiffswerk für die Tonne (1000 Kilogr.) 45 Pfennig, Fertige in Rissen oder Tonnen bei Dampfbetrieb 4 Pfg., bei Handbetrieb 5 Pfg., leere Rissen laden 2 Pfg. Kohlen und Koks siehe Lohnarif der Kohlenarbeiter. — 4. Von der Theerholzfahrt einschließt, bis zur Herrenfähre: 25 pCt. Zuschlag des Lohnes und der Ueberstunden. Für Arbeiten jenseits der Herrenfähre wird für die Stunde 75 Pfg. bezahlt. Die Arbeiter haben sich 5 1/2 Uhr Vormittags bei dem sie befördernden Dampfschiff einzufinden und erhalten alsdann für jede Stunde Arbeit 75 Pfg. Alle im Tarif nicht vorgelegenen Fälle werden durch Uebereinkunft geregelt. — 5. Die Arbeiter verpflichten sich, falls Kohlen-schiffe im Hafen löschen, dafür zu sorgen, daß bei den regelmäßig fahrenden Dampfschiffen je einige erfahrene Arbeiter besetzt werden. — 6. Dieser Tarif tritt am 1. Juni 1893 in Kraft und zwar auf drei Jahre. Wird eine Veränderung des Tarifes gewünscht, so ist dieses spätestens 3 Monate vor Ablauf des 3 Jahre bekannt zu geben. Erfolgt dann von keiner Seite drei Monate vor dem 1. Juni eines Jahres eine solche Kundgebung, so gilt der Tarif immer stillschweigend als wieder auf ein Jahr verlängert.

(Folgen die Unterschriften beider Parteien.)

Mit dieser Umachung sind stabile Verhältnisse am Hafen geschaffen, welche für die Arbeiter manche Zuneignlichkeit in sich schließen. Zu verdanken haben sie dies einzig ihrer Organisation, die energisch und zielbewußt ihre Interessen wahrgenommen hat. Mögen das auch diejenigen beherzigen, die derselben noch fernstehen und jetzt die Früchte mitarmen, an deren Ausfaat sie nicht theilhaftig waren. Mögen alle am Hafen beschäftigten Personen endlich dem Hafenarbeiter-Verband beitreten.

Das Reichsgericht verhandelt heute in der bekannten Sache der Möbel-Fabrikanten gegen den „Lüb. Volkstg.“ betr. Fernhaltung des Zugangs.

Ein Preisanspruch wird von den bürgerlichen Parteien losgelassen. Es soll 50 Mk. erhalten derjenige, welcher unwiderleglich nachweist, ob Reichsverein oder Freisinn schuld ist an der mißglückten „Sammlung“.

Der Reichsverein hat am Freitag getagt. Nach der „E.Z.“ waren ganze 50 Personen anwesend. Recht vielversprechend! Man trat dafür ein, in nächster Zeit „alle guten Patrioten, die nicht von vorneherein in politischer Richtung festgenagelt sind“, zu einer größeren „öffentlichen“ (sic!) Versammlung einzuladen. So ist's recht!

Dementi. Die „E.Z.“ will bestimmt wissen, daß die Nachricht der „Hufe“ von einer national-sozialen Kandidatur in Lübeck auf einem Irrthum beruhe.

Zu Gunsten der Kandidatur Lauenstein wird am Donnerstag Abend Herr J. M a b s - Hamburg im Konzerthaus Fünshausen sprechen. Herr Lauenstein wird eine Ansprache halten.

Eine Schlägerei entstand am Sonnabend in der Dorfstraße zwischen einem Maurermeister und seinem Lehrling, wobei ersterer den Kürzeren zog.

Ein unbedeutendes Feuer, welches ohne Inanspruchnahme der Feuerwehr gelöscht wurde, entstand heute Morgen in einem Hause des Schornsteinfegerganges (Hundestraße).

Vom Tage. Der Polizei wurden drei wahrscheinlich von einem Diebstahl herührende Taschenmesser mit Nickelstielberggriff eingeliefert.

Wegen Sittenvergehens, begangen an einem Kind, wurde der Arbeiter Schlichting zu 9 Monaten Gefängnis verurtheilt.

An anzeigenpflichtigen Krankheiten waren im April folgende zu verzeichnen: Diphtherie 12, Granulose 1, Masern 1, Ruhr 1, Scharlach 10, Typhus 1, Wochenbett-sieber 1 Fall. Es starben an Diphtherie 1, Wochenbett-sieber 2 Personen.

Karatebestellung. Zur Ordnung des Nachlasses der am 1. d. Mts. hieselbst verstorbenen Ehefrau Catharina Caroline Breier, geb. Garve ist der Rechtsanwalt Maus hieselbst zum Kurator bestellt worden.

Die öffentlichen unentgeltlichen Impfungen werden in diesem Jahre wie folgt stattfinden: In der Stadt und den Vorstädten von 11. Mai bis 9. Juli und zwar a) für Erstimpfungen am Mittwoch den 11. und 25. Mai, 8. und 22. Juni, und 6. Juli; b) für Wiederimpfungen am Sonnabend den 14. und 28. Mai, 11. und 25. Juni und 9. Juli um 2 1/2 Uhr pünktlich. Die Impfungen finden statt für die beiden städtischen Quartiere Jacobi und Johannis, die beiden Vorstädte St. Gertrud und St. Jürgen, und die Dörfer Brundenbaum und Hohewarte — Impfarzt: Dr. med. Busch — in der Turnhalle der Marien-Volksschule, langer Lohweg, für die beiden städtischen Quartiere Marien-Magdalenen und Marien, und die Vorstadt St. Lorenz — Impfarzt: Polizeiarzt Dr. med. Strud — in der Turnhalle der Dom-Volksschule, Domstraße 6. — Nach den Bestimmungen des Reichs-Impfgesetzes vom 8. April 1874 sind im laufenden Jahre 1898 der Impfung mit Schuppocken zu unterziehen: 1. alle im Jahre 1897 geborenen Kinder, sofern sie nicht nach ärztlichem Zeugnisse die natürlichen Blattern überstanden haben, oder bereits mit Erfolg geimpft sind; 2. alle im Jahre 1896 geborenen Bglinge einer öffentlichen Lehranstalt oder einer Privatschule, mit Ausnahme der Sonntag- und Abendstunden, sofern sie nicht nach ärztlichem Zeugnisse in den letzten fünf Jahren die natürlichen Blattern überstanden haben, oder mit Erfolg geimpft worden sind; 3. alle die Kinder, welche in den Jahren 1896 und 1897 impfpflichtig waren, und bei welchen die vorgenommene Impfung nach dem Urtheil des Arztes erfolglos geblieben ist; 4. alle impfpflichtigen Kinder, die auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses von der Impfung vorläufig befreit gewesen sind, wenn der Grund dieser vorläufigen Befreiung wegfällig geworden ist. — Eltern, Pflegeeltern und Vormünder, deren impfpflichtige Kinder und Pflegebefohlene von einem nicht in dem hiesigen Staatsgebiete angelegenen Arzte geimpft worden sind, haben in dem für ihren Wohnort angelegten Termine zur Impfung oder zur Nachschau dem Impfarzte ihres Bezirkes durch Vorlegung des über die Impfung ausgestellten Impfscheines die geschehene Impfung nachzuweisen. Ist die letztere erst erfolgt,



nachdem die hiesigen Impfsterne stattgefunden haben, so ist der Impfschein dem Medizinalamt einzureichen.

Das Medizinalamt fordert die Bewohner von Stadt und Vorstädten, die von der öffentlichen unentgeltlichen Impfung Gebrauch machen wollen, auf, ihre Impfscheine, welche rein gewaschen sein müssen, zur festgesetzten Stunde zu stellen, da sie andernfalls es selbst zu schreiben haben, wenn sie auf den nächsten Impftermin verwiesen werden.

Die Nachschau der Geimpften wird an dem nächstfolgenden Mittwoch den 18. Mai, 1. 16 und 20. Juni und 18. Juli bzw. an dem nächstfolgenden Sonnabend den 21. Mai, 4. und 18. Juni und 2. und 16. Juli, Nachmittags 2 1/2 Uhr pünktlich vorgenommen, wobei zugleich die Impfscheine ausgehändigt werden.

**3. Tivoli-Theater.**

Mit Johann Strauß' melodienreichem „Bigeunerbaron“, den man unbedingt zu den besseren Operetten zählen darf, wurde am Sonntag die Sommerbühne an der Wakenitz wieder eröffnet.

**Stockelsdorf.**

Der Reichstagskandidat der sozialdemokratischen Partei für den 1. Oldenburger Wahlkreis, Genosse Paul Hug-Bant, wird am Dienstag, den 10. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn S. Mau in Stockelsdorf über die bevorstehenden Reichstagswahl sprechen.

**Daffow.**

Eine öffentliche Wähler-Versammlung findet am Sonntag, den 15. Mai, Nachmittags 4 Uhr, hier selbst im Lokale des Herrn Wigger statt.

**Gutin.**

Der Stadtmagistrat macht bekannt, daß mit der Herstellung der Stadt-Fernsprecheinrichtung für Gutin thätigst bald begonnen werden soll.

**Grömitz (Fürstenthum Lübeck).**

Wahlbewegung. Am Sonnabend, den 7. Mai, fand hier hart an der Grenze des 1. oldenburgischen und des 9. schleswig-

holsteinischen Wahlkreises eine von sozialdemokratischer Seite einberufene Wählerversammlung statt. Der Versammlungsort war die Diele einer Bauernlathe, die schon früher zu sozialdemokratischen Versammlungen benutzt worden war.

**Grömitz bei Henstedt l. S.**

Die Wähler-Versammlung, einberufen von der national-sozialen Partei und von reichlich 100 Arbeitern und Fischern besucht, tagte am Sonnabend Abend im Lokale „Zur Post“, Herr Damaschke entwickelte in 2 1/2 stündiger Rede sein Programm, sprach mit feinem Erfolg und seinen berechtigten Stegshoffnungen und gab sich redliche Mühe, vor Allem die Sozialdemokratie zu diskreditieren.

**Hamburg.**

Der Vorstand des Reichstagswahlvereins von 1884 theilt mit, daß er in seiner Sitzung vom 5. Mai einstimmig beschlossen hat, Herrn Dr. F. Semler hier die Kandidatur im dritten Hamburgischen Wahlkreise für die kommenden Reichstagswahlen anzutragen.

Hamburger. Am heutigen Ziehungstage der 7. Klasse der 813. Hamburger Stadt-Lotterie wurden folgende Nummern mit nachstehendem Hauptgewinne gezogen:

Table with 2 columns: Lot number and Prize amount. Includes numbers like 105818, 81016, 21053, etc.

Die national-liberale Partei hat die Kandidatur Hansen fallen lassen und dafür den Landtagsabgeordneten Groth als Kandidaten gegen Prof. Hänel aufgestellt.

Flensburg. Flüchtling. Der Rechtsanwalt Arp in Apenrade ist unter Mitnahme von angeblich 10 800 Mark, der Landwirtschaftlichen Bodencredit-Aktien-Gesellschaft gehörig, verschwunden.

Wismar. Eine stark besuchte Wähler-versammlung tagte hier am Donnerstag. Genosse Groth fand stürmischen Beifall.

Neustadt i. M. Der Ausstand der Schlosser ist bei der Firma Horner u. Köbler entstanden wegen Maßregelung von 15 Kollegen.

Güstrow. Kandidatur. Die Konservativen haben Herrn v. Treuenfels-Klenz als Reichstagskandidaten nominirt.

**Briefkasten.**

Alle, welche noch Karten von der Maffeler in Vertrieb haben, werden ersucht, dieselbe bis 15. Mai abzurechnen.

**Sternschau-Biehmarkt.**

Hamburg, 7. Mai. Der Schweinehandel verlief gut. Zufuhr wurden 280 Stück.

**Hamburger Marktbericht.**

Table with 2 columns: Butter quality and Price. Includes entries for I. Qualität, II. Qualität, etc.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inserieren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Freitag Mittag 1 1/2 Uhr starb nach langen schweren Leiden der Schlosser Carl Haack im Alter von 68 Jahren.

Die Beerdigung findet am Dienstag Morgen 9 1/2 Uhr von der Kirchhofstabelle aus statt.

Danksagung. Allen denen, die meinem lieben Manne die letzte Ehre erwiesen und seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, insbesondere Herrn Pastor Haenkel für seine trostreichen Worte sagen unseren besten Dank.

Frau Retelsdorf zu ihrem heutigen Wiegenfeste die besten Glückwünsche. Ein Freund.

Logis für einen jungen Mann. Glodengießstraße 16.

Gesucht eine tücht. juvel. Morgenfrau per sofort. Angeb. u. L.L. an die Exped. d. Bl.

Gesucht sofort eine Näherin für die Nachmittagsstunden. Frau Nickel, Krenzelsdorf.

Geschäfts-Eröffnung. Mit dem heutigen Tage eröffne ich Waisenhofstraße 3 b eine Milch- und Butter-Handlung.

Gute und reelle Waare zu sichernd, bitte um gütigen Zuspruch. G. Dietz.

Empfehle meine Colonialwaaren sowie sämmtl. Wäsche-Artikel zum billigsten Preise.

Bitte meine Schaufenster zu beachten. Hochachtungsvoll J. C. Ehlers, Dornstraße 8.

Durch Zufall eine Partie feinsten Haide-Honig Pfd. 50 Pfg. empfiehlt Caroline Saueracker Glodengießstraße 16.

Feinste Meierei-Butter sowie ganz frische hiesige Eier hat abzugeben an gros und en detail Heinrich Wischendorf, Königstraße 88.

Aufbürste-Farben für jegliche Stoffe. Ferd. Kayser, Breitestr. 81.

Zu verkaufen 2 große leere Tonnen billig Glodengießstraße 16.

Auf Abzahlung gegen Anzahlung nach Uebereinkunft verkaufen wir: Mobilien Spiegel Polsterwaaren.

Ganze Wohnungseinrichtungen ebenfalls auf Teilzahlung zu billigsten Preisen.

Bei comptanter Zahlung 4% Rabatt. H. Prüssmann & Sohn Inh.: Martin Prüssmann 23 Mariesgrube 23.

NB. Gebrauchte Mobilien werden event. in Gegenrechnung genommen.

Empfehle mein großes Lager in Kinderwagen, Puppenwagen u. Sportwagen.

H. Gröper, Mengstraße 18.

Vorzügliche 5 Pf.-Cigarren. Randtabak Santabak, als Lübecker, Nordhäuser, Kopenhagener Pfeifen, Cigarrenspitzen, Spizierstöcke.

Ernst Albrecht Lübeck, Mühlenstraße 7 a.

Holzarbeiter-Verein Mitglieder-Versammlung am Dienstag den 10. Mai.

Abends 8 Uhr im Vereinshaus, Johannisstraße 50. Tages-Ordnung:

- 1. Fortsetzung der Berichterstattung vom Verbandstag.
- 2. Bericht der Lohnkommission.
- 3. Fragekasten.
- 4. Verschiedenes.

Mitglieder-Versammlung der Schauerleute Lübedts am Mittwoch den 11. Mai.

Abends 8 1/2 Uhr im Vereinshaus, Johannisstraße 50. Tages-Ordnung:

- 1. Berichterstattung der Lohn-Kommission.
- 2. Fragekasten.
- 3. Verschiedenes.

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend notwendig. Der Vorstand.

Speise-Halle Hansa Mengstraße 24. (Mittagstisch v. 11 1/2-2 U.) Dienstag: Dicke Grütze mit Milch, Freitabellen Rostoffeln. Sauce, Rotebeeten



## Zusammenbruch in Spanien.

Eine zweifelhafte Seeschlacht fernab im indischen Ozean hat genügt, das alte spanische Reich in seinen Grundfesten zu erschüttern. Die nordamerikanischen Schiffsgeschütze haben nicht nur das spanische Geschwader vernichtet; ihre Kugeln haben auch das ganze spanische Regierungssystem durchlöchert. Eine ungeheure Gährung herrscht im ganzen Lande; die Republikaner regen sich; in der Kammer hat, wie berichtet, der alte Salmeron, einer der Veteranen der Republik von 1873, drohend seine Stimme erhoben und die spanische Monarchie für den Zusammenbruch, der nun vor der Thüre steht, verantwortlich gemacht. Wer weiß, was in dem Augenblick, da wir dies schreiben, schon Alles vor sich gegangen ist! Wir würden uns nicht wundern, wenn die Republik schon proklamirt wäre!

Wenn es dahin kommt, dann wird die Republik gut thun, sofort Frieden zu machen und das unglückliche Streitobjekt Kuba aufzugeben. Wenn sie das spanische Volk auch dem Moloch, genannt „militärische Ehre“, opfern will, dann ist es um sie geschehen, denn sie wird mit mächtigen inneren Feinden zu kämpfen haben. Da sind die Carlisten, welche die Gelegenheit ergreifen, den bourbonischen Abenteuer Don Carlos auf den Thron zu erheben; da sind die Generale, welche auf den Augenblick lauern, eine Militärdiktatur in Szene zu setzen. Der feige und grausame Weyler und der Maulheld Martinez Campos glauben an die weltgeschichtliche Rolle ihrer Säbel, und es giebt Leute, die alle ihre Hoffnung auf diese brutalen Soldaten setzen. Jene Klassen, die sich durch Ausplünderung der Kolonien bereichert haben, werden Alles aufbieten, um eine Diktatur der Generale durchzubrühen. Es liegt bei dem spanischen Volke, ob es sich dies gefallen lassen will, denn gerade diese Generale haben das Maß der Sünden und Verbrechen des bisherigen Regierungssystems zum Ueberlaufen gebracht.

Wenn jetzt, um schwache Herzen zu rühren, in den Zeitungen so viel die Rede ist von den hülfelosen Briefen, welche die „unglückliche“ Königin an die europäischen Mächte schreibt, wenn man sogar den kleinen König von Spanien, der doch wohl von europäischer Politik noch weniger versteht, als irgend ein rückständiger spanischer Bauer, einen solchen Brief an den Kaiser von Oesterreich schreiben läßt — nun, wer auf diese Dinge Werth legt, mag es thun. Denn wenn die Königin auch den Thron verliert, so ist dieselbe doch noch lange nicht so unglücklich, wie das spanische Volk, das Gut und Blut im Kriege opfern muß; abgesetzten Königinnen ist es im Exil fast immer sehr gut gegangen.

Aber die Sünden der herrschenden Klassen in Spanien rächen sich, wie ein Weltgericht bricht es über dieselben herein.

Nicht als ob wir eine Eroberungspolitik der Nordamerikaner billigten. Wenn die Yankee Länder annectiren wollen, so haben sie dazu so wenig ein Recht wie andere Nationen. An den Idealismus der Yankee haben wir

niemals geglaubt. Aber wenn die Frage aufgeworfen wird, wer den ganzen Krieg verschuldet hat, so muß man, wenn man die Dinge gerecht abwägen will, sagen, daß es die spanische Kolonialpolitik ist, welche die Katastrophe herbeigeführt hat. Drei Jahre haben die Nordamerikaner den Verwüstungen und dem Gemetzel auf Kuba ruhig zugehört — andere Nationen hätten das vielleicht in ähnlicher Lage nicht gekonnt. Welcher Art auch die Motive der Nordamerikaner sein mögen — ihr Eingreifen kann die Situation der von den Spaniern so sehr gequälten Kolonien nur verbessern, wenigstens für den Moment. Was nachher kommt, ist eine Frage für sich, wobei man abwarten muß, wie die Dinge sich eben entwickeln.

Der amerikanisch-spanische Krieg enthält zwei nachdrückliche Lehren, die man den herrschenden Klassen nicht laut genug vordemonstriren kann. Heute, wo Alles nach Kolonialbesitz strebt und Alles Flotten- und Weltpolitik treibt, sieht man das älteste und einst größte Kolonialreich, in dem einst nach dem Ausspruch eines anmaßenden Selbstherrschers „die Sonne nicht unterging“, auf einen einzigen kräftigen Stoß zusammenbrechen. All die Ausplünderung der so reichen amerikanischen Provinzen, alle die Raubzüge und Silberflotten haben dies Reich nicht auf die Dauer befestigen können und seine Wortschheit, seine innere Haltlosigkeit kommt nun mit einem Mal unverhüllt zum Vorschein.

Man sieht eben auf's Neue, daß nicht, wie immer alberne Professoren lehren, die äußeren Machtmittel allein es sind, die genügen, ein Reich dauernd zu befestigen; dazu gehören andere Grundlagen: staatliche Freiheit und soziale Gerechtigkeit. Wo die Korruption, die stete Wirkung brutaler Klassenherrschaft, das Markt des Gemeinwesens zerstückt, da kann dasselbe nicht bestehen und wenn ihm die Schätze Indiens zur Verfügung ständen.

Seit etwa 80 Jahren reißt sich eine Kolonie nach der andern von Spanien los. Das ist ein verhältnismäßig kurzer Zeitraum für die Weltgeschichte. Da muß das System, das nur von der Ausplünderung der Kolonien lebte, zusammenbrechen.

Und noch eine Lehre enthält dieser Krieg, eine furchtbare Lehre für alle Diejenigen, welche in den stets sich steigenden Rüstungen, in großen Heeren und gewaltigen Flotten „Würgerschaften des Friedens“ erblicken wollen.

Es sind nur Seemächte zweiten Ranges, die aufeinander gestoßen sind; die nordamerikanische Union bildet nicht einmal einen Militärstaat nach europäischem Muster. Und doch sind die Wirkungen so ungeheuer. Der Weltverkehr und Weltverkehr wird sofort davon berührt und die ohnehin so hohen Getreidpreise sind sofort hinaufgeschwungen worden. Große Störungen des Handels machen sich fühlbar.

Wenn nun einmal über die Menschheit das Unglück hereinbrechen sollte, daß größere Mächte mit einander in Konflikt gerathen sollten, so kann man aus den gegenwärtigen Vorfällen schließen, daß dann die Er-

schütterung aller Verhältnisse eine ungeheure sein wird. Auf allen Meeren wird der Kampf entbrennen und alle die furchtbaren Rüstungen der Neuzeit werden sich in demselben fühlbar machen. Ein Zeitalter, das so ganz auf dem Verkehr beruht, kann solche Störungen nicht ertragen; die schrecklichsten sozialen Katastrophen und Krisen werden folgen. Reiche werden verschwinden und entstehen und das Ende wird, wenn die Loose der Völker in dem großen Spiel glücklich fallen, die Freiheit und das Aufblühen einer neuen Kultur, wenn sie unglücklich fallen, die Säbelherrschaft sein.

Wenn in Spanien ein demokratisches Regiment kommt, dann kann dasselbe sonach nichts Besseres thun, als eine aufrichtige Friedenspolitik zu verfolgen und dem spanischen Volke nicht länger zumuthen, für eine verlorene und schlechte Sache Gut und Blut zu opfern. Wenn die Herrschaft von Junker und Pfaff dann rettungslos zusammenbricht, so mögen das andere Leute bebauern. Wir bebauern es nicht. Die Demokratie mag sich dann nicht scheuen, das zu thun, was die spanische Monarchie niemals gewagt hat; sie mag die gewaltigen Güter der todtlen Hand einziehen, die in Spanien vorhanden sind und auf denen die Macht des Pfaffen thums beruht. Die Pfaffenheit ist eine soziale Macht, aber nicht durch ihre Glaubensartikel, sondern durch ihre „weltlichen“ Güter. Mit diesen Gütern hätte eine demokratische Regierung in Spanien reichlich die Mittel, die Reaktion, den Carlismus und was damit zusammenhängt, niederzuwerfen; sie wäre auch im Stande, die widerspenstigen Generale zu händigen. Dann könnte sie, statt sich auf die Knechtung und Ausaugung von fremden Ländern zu verlegen, einmal an die wahre Kulturarbeit gehen und in Spanien Reformen herbeiführen, die es endlich einmal unter die modernen Länder einrangiren lassen.

Damit wäre dann auch der Weg angebahnt für die Befreiung der arbeitenden Klasse vom Joch des Kapitalismus.

Ob es so kommen wird?

Hoffentlich wird die spanische Demokratie, wenn ihr die politische Macht zufällt, diese besser zu verwerthen wissen, als vor 25 Jahren, und nicht mehr dumme und schwache Professoren und Schwäger à la Castelar zu Trägern einer Diktatur machen.

Im Augenblick sehen wir nur den Zusammenbruch, der erfolgen mußte, wenn überhaupt eine Aenderung zum Besseren denkbar werden sollte.

Spanien steht im Zeichen der Revolution und seine Machthaber kennen kein anderes Mittel mehr, als den Belagerungszustand. Der hat gerade noch gefehlt, um dem Volke zu zeigen, daß in den herrschenden Klassen kein Fünkchen von Verständniß oder gutem Willen vorhanden ist. „Mit dem Belagerungszustand kann jeder Esel regieren,“ sagte der geistreiche Cavour, womit er sagen wollte, daß die, so mit dem Belagerungszustand regieren wollen, dessen überhaupt nicht fähig sind.

Das muß sich jetzt bald zeigen.

„Hamb. Echo.“

## Der Jude.

Deutsches Sittengemälde

aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts.

Von E. Spindler.

(31. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Ein lautes Gewieher war die Antwort auf den überraschend seltsamen Vorschlag, der jedoch im nächsten Augenblicke schon den zu allem Abenteuerlichem seltsam aufgelegten Herren völlig zusagte und mit Begierde von ihnen aufgenommen wurde.

„Vortrefflich!“ rief Bernhart. „Herrlich!“ rief Wernherr, „der Jude muß sich taufen lassen, und wir wollen des Höllebrandens Paten sein.“

Joback konnte vor Wuth und ohnmächtigen Ingrimm keine Silbe vorbringen, aber sein giftiges Auspucken und Kopfschütteln redete an seiner statt.

„Wage es, nein zu sagen!“ schrie Welt, ihm den Stahl an die Kehle legend, „und Du fährst zur Hölle. Niederträchtiger Auswurf, dessen Wohlthäter wir werden wollen, den wir mit eigenen Händen aus dem ewigen Pfuhl ziehen! Muße nicht, oder es ist Dein Lebt.“

Verblässhend und verstummend stand Joback wie niedergebrennt.

„Macht fort, Brüder,“ sprach Welt gemäßigter weiter, „bestellt Pfarrherrn und Glöckner; ich will indessen dem Höllebrand mit dem Dolche das Paternoster einflößen.“

Die Gebrüder Rejeburg eilten schnell von dannen und durchstreiften mit ihren Knechten, wie Gespenster der Nacht, den Flecken, Straße auf, Straße ab, bis sie in der tiefen Dunkelheit Kirche und Pfarrhaus gefunden. Wohl hörten die Bewohner Offenbachs die Schritte und rohen Reden der Nachtgäste, sahen sie wohl mitunter durch die Ritzen der Böden, wie sie waffenrauschend durch die Gassen lürmten, aber in den damaligen Zeiten des Unfriedens und der Selbsthülfe wagte sich keiner aus dem

Hause, sondern erwartete in ängstlicher Stille, ob der Besuch nur eine vorüberziehende Wetterwolke sei, oder wie der Blitz ihre Hüttenböden entzündend werde. Die Wächter des Schlosses fanden ebenfalls keinen Verus, sich in das Thun der Fremden zu mischen, hielten sich zur Vertheidigung gefaßt und blieben ruhig.

So gelangten die Juntherren ohne Anstand zum vorgestreckten Ziele. Mit lautem Klopfen wurde der Leutpriester aus dem Schlummer geweckt, ans Fenster geschieden. Der von Natur Furchtsame erbebt, da er Bewaffnete vor seinem Hause sah und fragte demüthig nach ihrem Begehren.

„Heraus, Pfaffe!“ rief ihn Wernherr zu, „lege den Chorrock an und die Stola. Versieh Dich mit Kerze, Del, Salz und Honig und komm zur Kirche. Ein Reher will sich taufen lassen, und schnell, damit der böse Geist ihn nicht abwendig mache von seinem löblichen Vorsatz.“

„Ein Reher?“ fragte der erschrockene Geistliche: „Tausen, in später Nacht, . . . wer bürgt mir . . .?“ „Schweig!“ erwiderte ihm Bernhart: „Wir bürgen, drei Edelleute, des Rehers Taufzeugen. Steige herab ohne Säumen; bescheide dem Glöckner, daß er Dir diene; aber wofern der Wube Lärm macht, oder den Glockenstrang zu ziehen gedenkt, so ist sein letztes Stündlein da und das Deine. Wir sind zum Trutz gerüstet, und unsere Knechte umlagern jetzt schon das Kirchlein.“

Der Pfarrherr, der an Sprache und Redheit wohl merkte, mit welchen Gesellen er zu thun bekam und durch das traurige Beispiel mehrerer Amtsrüder, die so zu sagen am Altare ihren Tod durch Mörderhand gefunden hatten, gewichtigt worden war, säumte nicht, dem gebieterischen Begehren Folge zu leisten. Das Frösteln der Angst in allen Gliedern, warf er sich in die kirchlichen Gewänder, beschickte den Wächter und da er in Begleitung des Lehtern, eines altergrauen Männleins, das vor Schreck sich kaum auf den Füßen zu halten vermochte, an die Pforte der Kapelle kam, langte so eben der Hornberger

dieselbst an, dessen Knechte den Täufling an der Reime führten, wie einen Rüden. Das Kirchlein wurde geöffnet, Wache davor gestellt; ein Bewaffneter hütete den Eingang zum Glockenthürmlein und die edeln Herren forderten nun den Priester auf, beim Schein einer einzigen Kerze das heilige Amt an dem stummen, todbleichen Joback zu verrichten, den der wilde Bekehrungseifer und die Drohungen des Hornbergers dazu gebracht hatten, sich alles gefallen zu lassen, was man mit ihm vornehmen würde.

Der Pfarrherr, der verständig genug war, einzusehen, daß hier die Würde der Kirche und alles Recht mit Füßen getreten werden sollte, machte nachdrückliche Einsprüche in das Verfahren der drei Reherbekehrer, forderte sie auf, den armen Menschen, der wie das Espenlaub zitterte und keinen armen Laut von sich zu geben vermöge, ruhig ziehen zu lassen, ihn nicht zu einer Handlung zu zwingen, die er nicht begreife, die er verabscheue, deren er nicht würdig sei.

Die drei Gebietenden zogen aber bedeutend und drohend die Schwerter, stellten sich an den Taufstein und streckten die Schwörfinger in die Höhe. „Wir haben es gelobt bei den Wunden des Herrn, diesen verstockten Sünder zu heiligen, wider seinen Willen,“ sprachen sie. „Seht seine Seele verloren durch Dein Jaudern, Pfaffe, so stirbst Du dahin ohne Gnade, erstickt von Deinen Sünden. Sieh ihm das ewige Leben und genieße ferner das zeitliche. Sieh ihm den ewigen Tod und theile ihn mit ihm!“

Der Geistliche zuckte die Achseln und machte sich bereit zu der Handlung. „Die Folgen Eures frevelnden Muthwillens kommen über Euch!“ sagte er feierlich und begann die vorgeschriebenen Gebete. Die waffenbrohenden Reugen antworteten auf jede Frage für den zur starren Bildsäule gewordenen Joback, der alle Gebährche mit übereinander gebiffenen Zähnen über sich ergehen ließ. Das Glaubensbekenntniß legten die verwahrlosten, der Kirche längst entfremdeten Paten mit Mähe und Stottern für den Täufling ab, — nun aber kam es an die gefährlichste Stelle der Handlung, an das einfache, aber aus dem Munde des zu Taufenden selbst zu verlangende Gelübde.



# Jüden und Nachbargebiete.

7. Mai.

Die Reichstagswahl-Vereinigung von 1898 zur Erhaltung des Mittelstandes (antifeminitisch-agrarisch) hat ein Programm ausgearbeitet, für welches ihr Reichstagskandidat Herr Lauenstein-Schönbüden, eintreten soll. Es lautet:

1. Erhaltung des allgemeinen, gleichen und direkten Reichstagswahlrechts mit geheimer, möglichst möglichst geschlichter Abstimmung. Tageslohn und freie Eisenbahnfahrten für die Abgeordneten.
2. Freiheit in Rede und Schrift, soweit sie nicht gegen Recht und Gerechtigkeit; Sicherung der Vereins- und Versammlungsfreiheit für alle Staatsbürger.
3. Volle Glaubens- und Gewissensfreiheit, Selbstständigkeit der christlichen Kirchen in innerkirchlichen Angelegenheiten.
4. Wahrung des christlichen, nationalen und praktischen Gesichtspunktes in der Jugend-Erziehung, Unentgeltlichkeit des Unterrichts für die Volksschulen, Ausschließung des jüdischen Elements aus den christlich-deutschen Schulen.
5. Herabsetzung der Gerichtskosten und Anwaltsgebühren, Beseitigung des Anwaltszwanges, Einführung der Berufung für alle Strafsachen, Einführung der bedingten Verurteilung, Entschädigung der schuldlos Verurteilten und Untersuchungsgefangenen, Einschränkung der Eidesleistungen und Vereidigung nach erfolgter Aussage, Einführung der konfessionellen Eidesformel, Prüfung des Jurenrates und Entmündigungsverfahrens.
6. Ein gerechtes Verhältnis zwischen direkten und indirekten Steuern; keine weitere Vermehrung derjenigen indirekten Steuern, welche die unteren Schichten treffen; insbesondere: Eintreten für:
  - a) Außenwärts aufsteigende (progressive) Einkommen-, Kapitalrenten- und Erbschaftsteuer unter Schaffung geeigneter Schutzmaßnahmen gegen falsche Einkommen-DeklARATION und Vermögensabgabe;
  - b) rationelle Neugestaltung der Körperschaftsteuer, besondere Heranziehung ausländischer Wertgegenstände;
7. Ausreichende Schutzgelder zum Besten der deutschen Arbeit und Erzeugung.
8. Den weiteren systematischen Ausbau einer durchgreifenden Reformgesetzgebung auf dem Gebiete der Waaren- und Fondsbörse.
9. Schaffung einer wirksamen nationalen Reichsbank zur Unterstützung und Befruchtung der dem Handwerk, der Landwirtschaft und dem Kleinergewerbe dienenden Institute. Baldige internationale Regelung der Währungsfrage; Abtragung der Staatsschulden.
10. Zum Schutz der Landwirtschaft:
  - a) In der Erkenntnis, daß die schwankenden Getreidepreise dem Produktionsstande der deutschen Landwirtschaft, sowie dem Kulturstande des deutschen Volkes nicht entsprechen, erstreben wir gesetzliche Maßnahmen, welche in gleichem Interesse der Produzenten wie der Konsumenten eine mittlere Getreidepreisbildung herbeizuführen geeignet sind, selbstverständlich zur Zeit unter Wahrung der vom Reiche übernommenen bestehenden Vertragsverpflichtungen. Unter Wahrung dieser Vertragsstreue aber bekämpft die Vereinigung die derzeitige Handelspolitik und fordert die alsbaldige Aufstellung eines autonomen Zolltarifs, sowie Abschaffung der die Landwirtschaft schädigenden Weistbegünstigungsvorträge.
  - b) Aufhebung der die Landwirtschaft und Kleinnäherie gleichmäßig gefährdenden gemischten Transittarife und Zollfreite.
  - c) Wirksamen Schutz unserer Viehwirtschaft gegen die Einschleppung von Seuchen aus dem Auslande. Maßregeln zur allmählichen Durchführung der Gesundung unserer heimischen Viehbestände unter ausreichender staatlicher Unterstützung.
  - d) Ein wirksames Margarinegesetz, sowie gesetzliche Maßnahmen gegen Verfälschung aller Produkte der Landwirtschaft, desgleichen gegen Verfälschung der Drogenmittel.
  - e) Angemessene Berücksichtigung der Eigenart der landwirtschaftlichen Nebengewerbe in der Gesetzgebung, um dieselben dem landwirtschaftlichen Betriebe als solche zu erhalten und sie der Verdrängung von der Landwirtschaft und der einseitigen Ausbeutung durch das Großkapital zu entziehen.
  - f) Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Interessen bei der Anlage und dem Betriebe öffentlicher Verkehrsrichtungen.
  - g) Zusammenfassung und geeignete Ausgestaltung aller die Landwirtschaft berührenden Rechtsverhältnisse zu einem besonderen Agrarrecht, das der Natur des ländlichen Grundbesitzes nach deutsch-rechtlicher Anschauung entspricht.
11. Schaffung zeitgemäßer obligatorischer Anzeigen für das Handwerk mit Befähigungsnachweis, Beseitigung der zügellosen

Gewerbefreiheit, Verbesserung des Submissionswesens, Aufhebung der Buchhändlerarbeit für Witwen, Sicherung der Forderungen für Bauhandwerker; ausschließliche Verpfändung von Handwerksmeisteren bei Vergebung staatlicher Lieferungen und Arbeiten, die in das Bereich des handwerkemäßigen Betriebes gehören.

12. Verschärfung der Konkursordnung und strafrechtliche Verfolgung des unlauteren Wettbewerbes, Führung des vollen Namens des Geschäftsinhabers in dessen Firma, Verbot des Hausierhandels für Ausländer, Beschränkung des Hausierhandels auf arbeitsfähige Personen und auf den Vertrieb selbstgefertigter Waaren; Beschränkung des Abzahlungshandels sowie Verbot der Schwindelverkäufe und Wanderlager, Bekämpfung der kapitalistischen Waarenhäuser, Bazare, Verladt-, und Fiktalgeschäfte durch Erhebung einer aufsteigenden empfindlichen Umsatzsteuer.

Unterstützung der Gründung von Aktiengesellschaften zum Zwecke des Warenverkaufs im Kleinhandel. Verbot der Konsumvereine, soweit sie zu gewerbsmäßigen Handelsbetrieben ausarten. Verbot der Teilnahme von Staatsbeamten und Offizieren an Konsumvereinen (Waarenhäusern); Erweiterung des Wuchergesetzes auf vollen Schadenersatz an die Bewohrten, Besserung der sozialen Lage der Handlungsgeschäften.

13. Vereinfachung der Zwangsversicherungsgeetze und Heranziehung der Gesamtheit zu ihren Lasten. Beschränkung der Nachtarbeit, sowie der Frauen- und Kinderarbeit in industriellen Betrieben, Verbot derselben, wo Gefahren für die Gesundheit oder Sittlichkeit bestehen, Meldeamt und Einigungsämter für Lohn- und andere Streitigkeiten, Kollisionsrecht der Arbeiter, Verbesserung der Fabrikaufsicht, auch durch Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren, Fürsorge für gesunde Arbeiterwohnungen.

14. Vertretung der gerechten Forderungen der unteren und mittleren Beamten.

15. Erhaltung und Erwerbung von Handels- und Ackerbaukolonien, Einrichtung überreicher Strafanstalten für rückfällige Verbrecher, Beförderung der inneren Kolonisation zur Stärkung des Deutschtums, kräftigen Schutz der Deutschen im Auslande, Verbesserung des Konsulatswesens, Schaffung eines Reichsauswanderungsgesetzes mit dem Hauptzweck einer nationalen Regelung der deutschen Auswanderung.

16. Aufhebung der Gleichberechtigung der in Deutschland lebenden Juden, namentlich Ausschluß derselben aus allen amtlichen und einflussreichen Stellungen. Verbot der Einwanderung fremder Juden. Schlachtverbot, wissenschaftliche Prüfung der jüdischen Religionsvorschriften bezüglich ihres Inhaltes und ihrer Verbindlichkeit.

Wir werden das Programm, welches im Wesentlichen dem der deutsch-sozialen (antifeminitischen) Reformpartei entspricht, noch eingehender behandeln. So umfangreich es ist, so viel Thorheiten enthält es auch!

**Saderleben.** O, du heilige Einfalt! Die „Speyerer Nachr.“ lassen sich über die Maifeyer von hier berichten: „Im hiesigen Theaterjahr fand gestern zum ersten Male eine sozialdemokratische Maifeyer statt, bei welcher die Beteiligung recht groß war. Die Teilnehmer bestanden zum großen Teil aus Gesellen verschiedener Gewerbe und Arbeitern mit ihren Damen. Das Fest verlief nicht mit Adornen und Ruheströmungen, wie man es in größeren Städten gewöhnlich erlebt (!), sondern innerhalb geregelter Bahnen, so daß man nur überall eine heitere und zufriedene Stimmung bis zum Schluß beobachten konnte.“

**Schwerin.** Eine stark besuchte Wählerversammlung tagte Mittwoch in Strahlendorf. Unter stürmischem Beifall der Landbewohner hielt Genosse Groth seine Kandidatenrede.

## Aus Nah und Fern.

**Deutschland ist wieder einmal gerettet!** Die Direktoren der Polnischen Rettungsbank in Posen wurden, weil sie den Jahresbericht der Bank der Regierung in polnischer Sprache eingereicht hatten, zu je fünfzehn Mark Geldstrafe verurteilt. — Das Deutschtum in den Ostprovinzen lüthte sich in Folge davon auf einmal ungemein geföhrt.

Eine gräßliche Familientragödie spielte sich am Abend des 3. Mai, wie schon kurz berichtet, in Hammerstein, zwischen Elberfeld und Bohwinkel, ab. Der

Güterbodenarbeiter Schemann wurde mit seiner Familie, aus seiner Frau und vier Kindern bestehend, aus seiner alten Wohnung in der Meviandstraße ausgezogen. Eine neue Wohnung hatten die Leute noch nicht, und so standen die Möbel, der gesamte Hausrath und — die ganze Familie im Regen auf der Straße. In höchster Aufregung lief die Frau mit ihren vier Kinderchen davon. Bei Hammerstein wurde sie von Leuten beobachtet, wie sie nachmittags mit den Kleinen in der Nähe der Wupper, oft heftig gestikulierend, umherlief und Abends gegen neun Uhr hörte ein Mann Hülfserufe von der Wupper her. Er eilte hinzu, sah die Frau mit dem Tode ringen und rettete sie. Im städtischen Krankenhause erklärte sie auf Befragen, sie habe das jüngste Kind mit in die Wupper genommen, verweigerte dagegen jede Auskunft über den Verbleib der drei anderen Kinder. Auch die Leiche des jüngsten Kindes ist noch nicht gefunden worden. — Der Hauswirth hat sein Recht ausgeliebt, das dem Hamburger Rechtsanwält und antifeminitischen Volkfreund Vielhaben noch nicht weit genug geht! Eine herrliche Welt!

**Eine Kleinigkeit!** Der Kaufmann Ernst Sieglin in Machen, sah vor einigen Tagen auf der Anklagebank vor der Strafkammer des Landgerichts. Derselbe war der Steuerhinterziehung angeklagt und wurde überführt, den Staat um den Betrag von 6658 Mk. benachtheiligt zu haben. Der Staatsanwalt beantragte, Sieglin zu dem zehnfachen Betrag der hinterzogenen Steuern mit 66 580 Mark zu verurtheilen. Das Gericht erkannte auf den siebenfachen Betrag mit 46 606 Mk.

**Prozess und Publikum.** Eine grobe Fahrlässigkeit, welche viel Aufsehen erregt hat, fand am 4. Mai vor der Strafkammer in Bonn ihre Sühne. Der Kaufmann Mich. Jos. Keldrich aus Niederbollenborn hatte am Sonntag den 25. Juli v. J. an der Ponte zu Königswinter mit dem Wagen seines Vaters Besuch abgeholt. Auf dem Rheinverste herrschte ein starker Westwind, weil außer der Ponte auch noch ein Dampfschiff der Köln-Düsseldorfer Gesellschaft gelandet war. Nichtsdestoweniger fuhr der Angeklagte in schlankem Trabe durch die dichtgedrängte Menschenmenge, die rechts und links aneinanderstob. Beim Einbiegen in die Marktstraße zwischen dem Berliner Hof und dem Europäischen Hof gerieth ein etwa zehnjähriger Knabe unter das Fuhrwerk und wurde eine längere Strecke mitgeschleift. Zwei Offiziere und ein Eisenbahnbeamter brachten das Fuhrwerk zum Stehen und veranlaßten die Anzeige gegen Keldrich, der vorher von Schiffen wegen seines raschenfahrens verwahrt worden war. Der Knabe hat durch Schleißen auf der Erde schreckliche Verwundungen erlitten, die ihn zeitweilig verunstalteten. Der Unterkiefer ist gebrochen, mehrere Zähne sind verloren gegangen, ein Auge ist fast vollständig zerstört und das ganze Gesicht und der Kopf sind mit Narben bedeckt. Seit September v. J. hat der Verletzte im Krankenhaus gelegen, und noch heute ist er nicht völlig wiederhergestellt. Die Mutter des unglücklichen Knaben war als Nebenküsterin zugelassen worden, zog aber ihren Antrag auf Anerkennung der höchsten im Strafgesetze vorgesehenen Buße von 6000 Mk. im Laufe der Verhandlung zurück, um im Zivilprozeß eine höhere Entschädigung zu erreichen, weil die Heilung noch nicht erfolgt und der Verlust eines Auges wahrscheinlich ist. Die Verteidigung des Angeklagten suchte den Vorfall als ein Unglück barzustellen, das durch Unvorsichtigkeit des Verletzten verursacht worden sei. Das Gericht erkannte aber, daß eine grobe Fahrlässigkeit vorlag, und verurtheilte den Angeklagten zu drei Monaten Gefängnis und in die Kosten der Nebenklage.

Zu aller Erstaunen sprach der Jude die vorgesagten Worte fest und fest nach, machte das Zeichen des Christen mit fester Hand, und nicht ungezwungen mit dem Haupte, da er, dem barbarischen Rituale jener Zeit gemäß, seinen hässlichen Glauben, und die ihm anhängen, durch den Mund des Geistlichen verfluchen mußte.

Diese auffallende Aenderung des Betragens erleichterte das Herz des Pfarrherrn in etwas; die eingeweihte Handlung wurde ruhig beschloffen, und dem Neugeborenen der Name Friedrich beigelegt. Auf dem staubigen Tische der Sakristei schrieb der Pfarrherr das Zeugniß des Uebertritts nieder, händigte es dem Juden ein, befestigte auf seiner Brust, statt des gelben Ringes, ein Blechschild mit dem Kreuze und dem Buchstaben C, wie Neubekehrte es zu tragen verbunden waren, und entließ die seltsame Taufversammlung mit seinem Segen.

Mit rohen Scherzen zogen die Befehrer davon, und überschauten den still rosenden Jodiel mit Spottreden und Schmachworten. Vor dem Flecken umringten sie ihn, trieben noch allerlei Possen mit dem unempfindlichen, und gaben ihm nun völlige Freiheit zu gehen, wohin es ihm belieben würde.

„Geh heim, Söhnlein Friedrich“, — sprach Bernher höhnisch zu ihm; „wache im Glauben, und danke es uns sein, daß wir Dir zum Himmel verholfen.“

„Falle nicht in den alten Baaldienst zurück“, — ermahnte ihn Bernhard, der, der Gutmüthigste von den Dreien, sich in der That einbildete, ein dem Himmel angenehmes Werk verrichtet zu haben: „Das Christentum schenkt zeitliche und ewige Wohlfahrt. Den Juden heißt man: den Befehrien wird alles lieben und allenthalben befördern.“

„Merke Dir aber noch das eine!“ schloß der Hornberger drohend: „Wohfern wir vernehmen, daß Du wieder zur Kezerei Dich wendest, daß Du dies Schildlein nicht ähst, und nicht bekennst, daß Du freiwillig unferß

Glaubens wurddest, so stirbst Du ohne Barmherzigkeit von meiner Hand. Setz aber bedanke Dich kniend für die von uns empfangene Wohlthat, und fahre hin, deines Wegs.“ Jodiel mußte auf seinen Knien die Hände seiner drei Paten küssen, geloben, ihnen in Treue zu dienen, wann und wo sie es begehren würden, und wurde unter Gelächter und Hohn entlassen.

Als ob ihm der Kopf brenne, lief er aus dem Bereiche seiner Peiniger hinweg; bald verließen ihn jedoch die Kräfte, und er sank nieder in den Schnee, gerüttelt von Gewissensbissen und reggewordener Verzweiflung. Es giebt Falten im menschlichen Herzen, die der Wig des Gelehrten nimmer auskundschaften wird. Der blutgierige Bube Jodiel hatte geraubt, gemordet, und sein Gewissen war ruhig geblieben bei der freiwilligen Unthat. Es waren ja nur Christen, die Unterdrücker Israels, dachte er bei sich selbst. Ihre Habe ist in unsere Hände gegeben, ihr Leben selbst, das nicht edler ist, als das eines Schweins. Nur, wenn ich einen aus Israel plündere, begehe ich einen Raub; nur wenn ich einen Sohn meines Gesetzes würgte, begehe ich einen Todtschlag vor dem Herrn.

Der unfreiwillige Abfall jedoch von diesem Gesetze erfüllte den verhärteten Bösewicht mit allen Qualen der Reue und des Jammers. Vergebens stellte er sich vor, was ihn in jener fürchterlichen Kapelle bewogen hatte, freich und frei seinen Mund zu dem frevelnden Werke zu leihen: daß nämlich die Rabbiner lehren, ein gezwungener Eid sei keiner — ein freiwilliger sogar sei keiner, sobald man nur geschieht den Worten des Gelübdes einen andern Sinn beilege in Gedanken, als den geforderten.

Der Ausweg, den diese letztere verderbliche Lehre so wohlthätig den Meineid eröffnete, war unzulänglich für den Abergläubigen, der sich jammernd und verzweifeln im Schnee wälzte, um von seinem Haupte den Gräuel einer verabscheuten Religion zu waschen.

„Ich bin verloren“, seufzte er aus leuchtender Brust. „Ein Jude bin ich nicht mehr, ein Christ kann und mag ich nicht sein. Alle Paradiese sind mir verschlossen, jedes Glaubens-Hölle mir beschieden! Einen falschen Eid könnte ich verantworten, aber solche Gränelthat nicht. Wollte ich auch vorhändigen, ich hätte es nicht freiwillig gethan — was nützt es mir? . . . der Mensch steht vor Gott und seine Werke um ihn her. Der heilige, hochgelobte Gott, der starke eifrige Gott hat sich gekleidet in Horn, denn er hat gesehen, wie man mich taufte. . . er hat geschworen . . . wehe mir, wehe! Die Schule zu Worms wird mich in Bann thun; die grausamen Kinder Esaus werden mich ermorden, wofern ich wanke. Muß ich denn verloren sein, warum gehen sie nicht mit mir unter, die gottlosen Söhne Amaleks? Verachte Gohim! Ihr habt mir meine Seele gestohlen! Ich fluche Euch! Ich gelobe Euch Rache, vollgeltende Rache!“

Dieser Gedanke belebte den Unseligen, von Zweifeln und Muthlosigkeit zerrissenen mit dem Funken, der nicht aus dem Himmel stammt, sondern aus der Tiefe. Jodiel raffte sich zusammen, blickte wild, mit wehenden Haaren zu den jagenden Wolken auf, die vergebens ihre dichtesten Schneeflocken hernieder sandten, das glühende Melochgebilde abzukühlen.

„Der Bund ist zerrissen!“ schrie er gellend hinauf, das einzige lebende Wesen unter dem stillen eissigen Regen: „Sammael! Fürst der Wildniß, Fürst des Todes und Gatte der entsetzlichen Nachtfrau Lilis, der Gebärin aller Schreckgespenster und Sünden! Dir ergebe ich mich, Schütze mich vor dem Borne unsers Gottes! berge mich vor der Wuth Edoms! Lehre mich das Schwert führen gegen das Geseß, das nicht mehr mein ist. Erlaube mir, Rache zu nehmen an Israel, wie an Esau, bis Du einft meinen Geist dahin nimmst in den Stürmen Deines Grimmes!“

(Fortsetzung folgt.)